

Verkrustete Strukturen

Gescheiterte Föderalismus-Reform soll durch neue Vorschläge doch noch auf den Weg gebracht werden

Mit neuen Vorschlägen will die Bundesregierung die geplante Föderalismus-Reform doch noch retten. Die Gespräche über die

neue Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern sollen im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

BERLIN (TA).

Das Scheitern der Reform sei „kein Ruhmesblatt deutscher Politik“, kritisierte Bundespräsident Horst Köhler. Er halte gar nichts davon, das Thema nun auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl zu verschieben. Die Gespräche sollten nach einer kurzen Denkpause zu einem Ende geführt werden. Köhler deutete inzwi-

schen an, dass er sich hinter den Kulissen auch persönlich für die Neuordnung der Beziehungen zwischen Bund und Ländern einsetzen werde.

Gescheitert ist die komplexe Reform, die ein Jahr lang in der Föderalismus-Kommission vorbereitet worden war, wegen des Streits über die Zuständigkeit für die Bildung. Insbesondere im Hochschulbereich fordern die Länder den Rückzug des Bundes. Das wäre aber ein falsches Signal, so Ministerin Edelgard Bulmahn (SPD). Sie wehrte sich gegen den Vorwurf, die Reform sei wegen der Haltung des Bundes nicht zustande gekommen. Sie kündigte an, in Kürze „konkrete Pläne zur Neuordnung der

Zuständigkeit von Bund und Ländern auf den Tisch zu legen. Es muss in der Tat klare Verantwortungen geben.“ Eine Grund-

gesetzänderung sei für ihre Vorschläge nicht nötig, so Bulmahn. Vielmehr gehe es um ein Gesetz, das sich auf wenige Kernpunkte beschränke, und um die Neuordnung des Hochschulbaus.

Der Deutsche Kulturrat und die Hochschulrektorenkonferenz bedauern die geplante Reform, sie warten auf einen Neuanfang im nächsten Jahr. Darauf hoffen auch die Vorsitzenden der Föderalismus-Kommission, Franz Münterfering (SPD) und Edmund Stoiber (CSU).

Von einem „Schlusspunkt der Bund-Länder-Beziehungen“ sei trotz der gescheiterten Gespräche nicht die Rede, sagte Stoiber. Er gehe davon aus, dass sich der Druck auf Deutschland weiter erhöhen werde, so

dass die Reform doch noch in die Wege geleitet wird.

Harsche Kritik übte Ex-Bundespräsident Roman Herzog, der auch Vorsitzender des „Komvents für Deutschland“ ist. Der Grund des Scheiterns — die Bildungspolitik — sei weder vollständig noch zu verantworten. Die Föderalismus-Reform sei zur „Lebensfrage der Republik“ geworden, sagte er. Das Aufbrechen verkrusteter Entscheidungstrukturen sei ein Ausdruck der Reformfähigkeit der Bundesrepublik.

BDI-Präsident Michael Rogowski nannte die gescheiterte Novelle „blamabel für Deutschland“. So werde der Politikverdrossenheit Vorschub geleistet.

